Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Federführender Fachbereich Jugend und Soziales	Drucksachen-Nr. 352/2002
☒ Öffentlich	
☐ Nicht öffentlich	
Mitteilungsvorlage	
für ▼	Sitzungsdatum
Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)	27.06.2002

Tagesordnungspunkt

Das neue Adoptionsvermittlungsrecht und seine Auswirkungen auf die Praxis

Inhalt der Mitteilung

Im Rahmen der Ratifizierung und Umsetzung des Haager Adoptionsübereinkommens von 1993 traten ab dem 01.01.2002 das neue Adoptionsübereinkommens-/Ausführungsgesetz, das ebenfalls neue Adoptionsmitwirkungsgesetz und das weiter entwickelte Adoptionsvermittlungsgesetz (AdVermiG) in Kraft.

Zusätzlich erfuhren andere Gesetze eine Änderung bzw. Ergänzung. Die Regelungen werden die Arbeit des Adoptionsdienstes grundlegend umgestalten – nicht nur im Bereich der Auslandsadoption.

Das Gesetzeswerk hat somit tiefgreifende Veränderungen im Bereich der internationalen sowie auch innerstaatlichen Adoption zu Folge. Folgende Ziele sollen erreicht werden:

- verbesserter Schutz von Kindern, die adoptiert werden sollen,
- Festschreibung von Standards der Adoptionsvermittlung
- Schaffung zwischenstaatlicher Kooperationsysteme durch Einrichtung zentraler Behörden
- Sicherheit bei der Anerkennung von Adoptionsentscheidungen.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) wird über die signifikanten Neuerungen im folgenden informiert, soweit sie Organisation und fachliche Arbeit der Adoptionsvermittlungsstelle betreffen.

1. Adoptionsvermittlung als Pflichtaufgabe der Jugendämter

Die Jugendämter haben die Wahrnehmung der Aufgaben nach §§ 7 und 9 AdVermiG für ihren Bereich sicherzustellen.

Innerhalb des Gesetzgebungsverfahrens und aufgrund des vorangegangenen Referentenentwurfs war zunächst unklar, ob eine Delegation auf Dritte (z.B. einen freien Träger) möglich ist. Aus der Gegenäußerung der Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage geht jedoch eindeutig hervor, dass dies nicht (mehr) möglich ist:

„... Durch § 9a AdVermiG soll sichergestellt werden, dass in jedem Jugendamt die Aufgaben der Adoptionsvermittlung wahrgenommen werden. Die Jugendämter sind demnach verpflichtet, entweder selbst eine Adoptionsvermittlungsstelle einzurichten oder zusammen mit anderen Jugendämtern eine gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle zu bilden ...“ (Bundestagsdrucksache 14/6011 S. 65).

Die §§ 7 und 9 AdVermiG beinhalten konkret, dass Adoptionsbewerber mit gewöhnlichem Aufenthalt im Bereich des Jugendamtes einen Rechtsanspruch auf Eignungsprüfung sowie auf Erstellung des Sozialberichts haben (§ 7 Abs. 1 AdVermiG). Auch ist davon auszugehen, dass andere Adoptionsvermittlungsstellen (hier vor allem die der freien Träger) ebenso einen Rechtsanspruch darauf haben, dass die Adoptionsvermittlungsstelle des für die Bewerber zuständigen Jugendamtes auf ihr Ersuchen hin einen allgemeinen Eignungsbericht erstellt (§ 7 Abs. 2 AdVermiG).

§ 9 AdVermiG regelt den Rechtsanspruch der Adoptivfamilie gegenüber dem Jugendamt auf „Adoptionsbegleitung“ auch nach abgeschlossener Adoption.

2. Personelle Ausstattung

Bisher galt, dass eine Adoptionsvermittlungsstelle mit mindestens einer hauptamtlichen Fachkraft zu besetzen war. Das neue AdVermiG setzt höhere Anforderungen und schreibt nun in § 3 Abs. 2 vor:

„Die Adoptionsvermittlungsstellen ... sind mit mindestens zwei Vollzeitfachkräften oder einer entsprechenden Zahl von Teilzeitfachkräften zu besetzen; diese Fachkräfte dürfen nicht überwiegend mit vermittlungsfremden Aufgaben befasst sein. Die Zentrale Adoptionsstelle des Landesjugendamtes kann Ausnahmen zulassen.“

Die vorgeschriebene Personalstärke von mindestens zwei Vollzeitkräften zwingt die kommunalen Jugendämter in den Fällen, in denen die geringen Fallzahlen diese personelle Ausstattung nicht rechtfertigen, zu einer neuen Organisationsstruktur. Aus der Gesetzesbegründung geht hervor, dass dies zur Qualitätssicherung wie Qualitätsverbesserung der Adoptionsvermittlung vom Gesetzgeber durchaus so gewollt ist. Die strengeren Anforderungen an die personelle Ausstattung werden in der Gesetzesbegründung zudem in direktem Zusammenhang zu der (erwünschten) Bildung gemeinsamer Adoptionsvermittlungsstellen gesetzt (BT-DRS 14/6011, s. 50).

Der Rheinisch-Bergische Kreis und die Stadt Rösrath haben schon im Rahmen der bisherigen Möglichkeiten eine gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle gebildet und positive Erfahrungen gesammelt. Dies trifft auch auf andere gemeinsame Adoptionsvermittlungsstellen in Nordrhein-Westfalen zu.

3. Übergangsfristen

Die staatlichen Adoptionsvermittlungsstellen haben gem. § 15 Abs. 3 AdVermiG sicherzustellen, dass die personellen Anforderungen des § 3 AdVermiG vom 01.01.2003 an erfüllt werden.

4. Jugendamt und internationale Adoptionsvermittlung

Die Adoptionsvermittlungsstelle eines Jugendamtes ist zur internationalen Adoptionsvermittlung nur noch befugt, wenn sie hierzu eine **Gestattung** – für ein bestimmtes Land oder für den Einzelfall – durch die Zentrale Adoptionsstelle des Landesjugendamtes erhalten hat (2 a Abs. 3 Nr. 2 Ad-VermiG).

Dies bedeutet nicht, dass die Adoptionsvermittlungsstellen in kommunaler Trägerschaft bei interstaatlichen Adoptionen keinen Einfluss auf das Verfahren haben. Im Gegenteil: die unter 1. aufgeführten Pflichtaufgaben der Jugendämter sind gerade in den Fällen relevant, in denen Adoptionsbewerber beabsichtigen, ein Kind im Ausland zu adoptieren. Auch und gerade in diesen Fällen wird durch die örtlich zuständige Adoptionsvermittlungsstelle die Überprüfung der Bewerber (auf der Grundlage der Erfordernisse des abgebenden Landes) und die Begleitung des Kindes in der Adoptivfamilie und die Berichterstattung an das Heimatland erfolgen.

5. Rechtsverordnung

Im Jahr 2002 soll seitens des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine Rechtsverordnung erarbeitet und erlassen werden, in der durch das Gesetz noch nicht abschließend behandelte Fragen geregelt werden sollen.

6. Bewertung

Bereits aus dem jetzt vorliegenden Gesetzestext wird deutlich, dass das neue Gesetz Einfluss auf die Organisation und die fachliche Arbeit auch des Adoptionsdienstes des Jugendamtes der Stadt Bergisch Gladbach haben wird.

Der Adoptionsdienst der Stadt Bergisch Gladbach ist zurzeit besetzt mit zwei erfahrenen Fachkräften mit einem Stellenanteil von 0,5 und einem weiteren von 0,75 Stelle. Dies genügt den spätestens ab 01.01.2003 sicherzustellenden personellen Forderungen nicht. Auch in den anderen Jugendämtern im Rheinisch-Bergischen Kreis gibt es das Problem der Personalausstattung.

Es ist daher zwischen den Jugendämtern im Rheinisch-Bergischen Kreis vereinbart, sich im Jahr 2002 so frühzeitig über neue Möglichkeiten der Organisationsstruktur des Adoptionsdienstes zu vereinbaren, dass spätestens zum 01.01.2003 ggf. durch Bildung gemeinsamer Adoptionsvermittlungsstellen die organisatorischen, personellen und fachlichen Anforderungen erfüllt sein werden.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) wird über das weitere Verfahren informiert, und soweit weitergehende Regelungen mit den anderen Jugendämtern im Rheinisch-Bergischen Kreis getroffen werden müssen, beteiligt.